



Der thailändische Spielfilm „Agrarian Utopia“ und andere „Asian Hot Shots“ beim Festival im Kreuzberger Kino Moviemento SEITE 28



Nicht nur der Wassertisch setzt sich dafür ein, die Verträge zur Privatisierung der Wasserbetriebe endlich offenzulegen SEITE 23

Und: Wem gehört's? Foto: reuters

KOMMENTAR

VON KONRAD LITSCHKO  
Studie über junge Brandenburger



## Jugend vollzieht Einheit

Jahrelang plagte die Brandenburgerjugend ein übler, braundumpfer Ruf. Dass diese Vorstellung weitgehend ein Zerrbild ist, beweist eine am Dienstag veröffentlichte Studie. Die Befragung zeigt: Der Jungmärker blickt optimistisch in die Zukunft, will einen erfüllenden Job, eine Familie und „das Leben genießen“ – Lebensentwürfe, so langweilig wie normal und keinen Deut anders als im Rest der Republik.

Im Jahr 20 der deutschen Einheit wächst so eine gesamtdeutsche Normalität von unten in den märkischen Alltag. Tatsächlich halten heute vier von fünf Schülern Ost-West-Kategorien für irrelevant. Weil sie die DDR nur noch aus dem Geschichtsunterricht kennen. Und weil die globalisierte Welt, die mehr als zwei Pole kennt, auch in Brandenburg angekommen ist: Immer mehr ausländische Studenten, Fachkräfte und Touristen tummeln sich hier. Doch das verunsichert den lokalen Nachwuchs nicht. Im Gegenteil glaubt der wieder an eine Zukunft auch im eigenen Land. Eine hoffnungsvolle Wende für Brandenburg und eine lebensnotwendige.

### Protest gegen rechts

Ebenso erfreulich: Immer mehr junge Lehnen den im Land einst weit verbreiteten Rechtsextremismus ab. Seit den 90ern hat sich ihr Anteil beinahe verdoppelt. Tatsächlich sind es viele junge Gesichter, die in Halbe, Königs Wusterhausen oder Neuruppin dem braunen Treiben nicht länger zusehen. Sie sorgen mit dafür, dass sich in den letzten Jahren stets Protest zeigte, wo Neonazis aufkreuzten. Hier wird deutlich, dass der Nachwuchs nur partiell politikverdrossen ist – statt parteilich engagiert ersich heute vermehrt außerparlamentarisch. Das könnte Brandenburg eine vitale, frische Jugend bescheren. Es sollte. Bericht SEITE 24

# Der Bund kürzt in den Kiezen

**SOZIALES** Die Städtebauförderung soll 2011 um die Hälfte gekürzt werden. Betroffen wären davon auch Projekte der 34 Quartiersmanagements. Sie protestieren heute dagegen



Der Sparrplatz im Wedding ist nicht immer so idyllisch: Die Sozialarbeit hier würde durch die Kürzungen stark eingeschränkt Foto: Achenbach & Pacini/Visum

VON ALEXANDRA ROJKOV

Sprachförderung, Jugendarbeit, Gewaltprävention – all das könnte ab 2011 den Sparplänen des Bundes zum Opfer fallen. „Viele Projekte sind gefährdet“, sagt Ulrich Lautenschläger, Quartiersmanager aus Neukölln. Hintergrund ist eine Ankündigung von Bundesbauminister Peter Ramsauer (CDU): Er plant, die Städtebauförderung, die auch soziale Projekte umfasst, um 50 Prozent zu kürzen. Die Quartiersbeauftragten demonstrieren dagegen am heutigen Mittwoch vor dem Bundesbauministerium.

Im Juni hatte Ramsauer die Kürzung angekündigt. Berlin bekam für seine Projekte zur Stadtentwicklung künftig nur noch 15 statt bisher 30 Millionen Euro. Neben dem Programm „Stadtumbau Ost/West“ würde die Streichung vor allem den Bereich „Soziale Stadt“ betreffen. 1999 als Bund-Länder-Programm gestartet, soll es benachteiligte Stadtviertel in ihrer Entwicklung unterstützen. Die Mit-

**Bis zu 50 kleine Projekte betreut jedes Quartiersmanagement. Sie sind gefährdet**

tel können für die Verbesserung von Infrastruktur und Wohnbedingungen, aber auch für soziale Projekte genutzt werden. 2010 bekam Berlin für den Bereich „Soziale Stadt“ 5 Millionen Euro. Geht es nach Ramsauer, wird es 2011 gut die Hälfte sein.

Besonders auf die Städtebauförderung angewiesen sind die 34 Berliner Quartiersmanagements. Denn die Bundesmittel fließen in einen Fonds, aus dem die Projektarbeit in den Kiezen finanziert wird. In einem „Quartiersrat“ entscheiden dann die Anwohner, wofür sie das Geld ausgeben. Das kann Sprachförderung sein oder Jugendarbeit: Bis zu 50 Projekte betreut jedes Quartiersmanagement. „Man-

che kosten nur ein paar hundert Euro“, sagt Ulrich Lautenschläger, „aber ohne die ‚Soziale Stadt‘ würden sie nicht laufen.“

Wie schwer die Etatkürzungen wiegen würden, zeigt sich beim Quartiersmanagement Sparrplatz. In dem Problemkiez in Wedding werden derzeit rund 40 Projekte betreut. Sozialarbeiter Axel Illesch müsste seine mobile Arbeit beenden. Seit 2009 kümmert er sich um die Trinkerzone. Männern, die auf dem Platz abhängen, hilft er bei der Jobsuche. Rund 80 Personen habe er 2009 betreut, vielen eine Stelle vermitteln können. „Wenn ich weg bin, fehlt diesen Männern der Bezugspunkt“, sagt Illesch.

Auch der Jugendberater Mome Peters müsste sich 2011 eine neue Stelle suchen. Seine Job- und Ausbildungsstelle könnte nach den Kürzungen nicht mehr weitergeführt werden, sagt er. Obwohl es die Beratungsstelle am Sparrplatz erst seit einem Jahr gibt, habe

er 100 Schülern zu einer Aus- oder Weiterbildung verholfen. Das Projekt abzubrechen wäre ein Verlust. „Es hat sich doch gerade erst etabliert“, so Peters.

Um solche Kürzungen zu verhindern, gehen Quartiersmanager, aber auch ehrenamtliche Mitarbeiter nun auf die Straße. Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) unterstützt sie: „Die Städtebauförderung ist das Rückgrat der sozialen Stadtentwicklung.“ Sie dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden. Einen kleinen Erfolg haben die Gegner der Kürzungen schon errungen: Am 6. Oktober entschied der Bundestagsausschuss für Stadtentwicklung, die Städtebauförderung „auf hohem Niveau fortzuführen“. Hier soll weniger gestrichen werden. Für die Arbeit der Quartiersmanager könnte dies trotzdem das Aus bedeuten: Zugleich fordert der Ausschuss, die „Soziale Stadt“ auf „investive Aufgaben“, sprich Baumaßnahmen, zu konzentrieren. ■ Protest um 13 Uhr vor dem Ministerium, Invalidenstraße 44

THEMA DES TAGES

# „Sozialer Frieden ist gefährdet“

**SPAREN** Die Kürzung der Städtebauförderung führt zu mehr Verdrängung, warnt Michael Arndt (SPD)

taz: Herr Arndt, die Bundesregierung will die Städtebauförderung halbieren. Was hätte das für Auswirkungen für Berlin? Michael Arndt: Das hätte gravierende Folgen. Die staatlichen Möglichkeiten, Altbauquartiere zu sanieren und die Innenstadtentwicklung zu beeinflussen, würden eingeschränkt. Vor allem aber wäre der soziale Frieden in Problemkiezen gefährdet. Inwiefern? Wenn das Programm „Soziale Stadt“ gekürzt wird, wäre auch das Quartiersmanagement betroffen. Das sorgt für Kommunikation zwischen den einzelnen Gruppen in den Stadtteilen. Die Einsparungen wären totaler

Wahnsinn gerade angesichts der derzeitigen Debatte über Integration. Man beklagt Versäumnisse der Vergangenheit – und streicht gleichzeitig das Geld für ebene Programme, die den Zusammenhalt in der Stadt herstellen sollen. Für was wird die Städtebauförderung noch verwendet? Etwa für die Sanierungsgebiete. Städtebauförderung dient auch dazu, Wohngebieten wiederherzustellen und aufzuwerten, gleichzeitig aber die ansässigen Milieus zu erhalten. Die Menschen sollen nicht allein dem Markt und dem Investorenverhalten überlassen werden. Gerade in den Ostbezirken haben wir

noch einige Gebiete im Programm, wo immer noch Nachholbedarf besteht. Wenn der Bund weniger zahlt, bleiben die Häuser unsaniert? Manche sicherlich schon. Bei anderen kämen die Investitionen nur von Privaten. Die schlagen die Kosten einfach auf die Miete obendrauf. Wenn man Sanierungen alleine dem Markt überlässt, können Menschen mit mittlerem oder geringem Einkommen nur noch dort leben, wo überhaupt nichts mehr investiert wird. Verdrängung und Gentrifizierungsprozesse würden sich deutlich verstärken. Das ist nur eine Frage der Zeit. Man muss sich nicht wundern, wenn die Po-

larisierung in einzelnen Vierteln neuen Sprengstoff produziert. Wie kann sich Berlin gegen die Kürzungen wehren? Berlin wird im Bundesrat einen Konsens mit den CDU-Ländern anstreben, die ebenfalls beklagen, dass die Städte zukünftig weniger Geld haben. Die Länder können die Städtebauförderung schließlich nicht aus der eigenen Haushaltskasse zahlen. Dazu ist das Programm viel zu groß. INTERVIEW: ANTJE LANG-LENDORFF

Michael Arndt ■ Der 59-Jährige ist bau- und wohnungspolitischer Sprecher der SPD im Abgeordnetenhaus.

ANZEIGE

**Roberto Saviano**  
mit *La bellezza e l'inferno*  
am 21. Oktober, 20 Uhr  
**VOLKSBUHNE**  
AM ROSA-LUXEMBURG-PLATZ

## Noch 333 Tage bis zur Wahl

**TERMIN** Am 18. September 2011 findet die nächste Abgeordnetenhauswahl in Berlin statt

Am 18. September 2011 dürfen die Berliner wieder ihr Kreuzchen machen. Am Dienstag beschloss der Senat auf Vorlage von Innensenator Ehrhart Körting (SPD) den Termin der nächsten Abgeordnetenhauswahl. Zum Landesparlament werden an diesem Tag auch die 12 Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) gewählt. Erst war der 4. September 2011 als Wahlsonntag im Gespräch, den Termin kritisierten aber die Parteien, da er zu nah an den erst am 12. August endenden Schulferien gelegen hätte.

Senatssprecher Richard Meng begründete nach der Kabinettsitzung die Entscheidung. Der 18. September 2011 sei „die sinnvollste und praktikabelste Lösung“ im Terminkalender gewesen. So bliebe nach den Sommerferien mehr als einen Monat Zeit für die letzte Wahlkampfhöhe. Außerdem fänden keine sonstigen Großereignisse an diesem Tag in Berlin statt. Der 11. September sei nicht infrage gekommen wegen des 10. Jahrestages der Terrorattentate auf das World Trade Center in New York.

Die letzte Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus fand am 17. September 2006 statt. Nach der Landesverfassung müssen Wahlen frühestens 56 und spätestens 59 Monate nach dem Beginn der Wahlperiode durchgeführt werden. Diese begann zuletzt am 26. Oktober 2006 mit dem Zusammenritt des Abgeordnetenhauses und der rot-roten Landesregierung.

ROLF LAUTENSCHLÄGER

ANZEIGE

**Atze**  
MUSIK THEATER  
Herr Flügel und sein Piano  
SA 23.10. um 15.00 Uhr  
SO 24.10. um 15.00 Uhr  
SO 21.11. um 15.00 Uhr  
Aufführungen für Schulklassen unter [www.atzeberlin.de](http://www.atzeberlin.de)  
030 - 817 99 188  
[www.atzeberlin.de](http://www.atzeberlin.de)